

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telefax: 08 88 846-48 ppbn d



## Inhalt

Volker Hauff MdB, Bundesforschungsminister, begründet die Notwendigkeit der Innovationsförderung.

Seite 1/2

Heinz Pensky MdB, Sicherheitsexperte der SPD-Fraktion, begrüßt die rückläufige Waffenkriminalität.

Seite 3

Erwin Horn MdB, SPD-Vorstandsmitglied in Hessen-Süd, vergleicht die unterschiedlichen Voraussetzungen bei den Landtagswahlen 1974 und 1978.

Seite 4/5

Brigitte Eler würdigt die IPU-Resolution zur Situation im südlichen Afrika.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 181

20. September 1978

Die Herausforderungen der Zukunft bestehen

-----  
Innovationsförderung ohne ideologische Scheuklappen

Von Volker Hauff MdB

Bundesminister für Forschung und Technologie

Der jetzt dem Bundestag vorgelegte Entwurf für den Bundeshaushalt 1979 enthält als einen wesentlichen Schwerpunkt den Versuch, verstärkt Anstöße für mehr Innovationen und Investitionen zu geben. Die Haushalte des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) haben deshalb die höchsten Steigerungsraten. Die Mittel für Projekte in Zusammenarbeit mit der Industrie für zukunftsorientierte Vorhaben zur Modernisierung unserer Wirtschaft und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze wachsen um knapp 20 Prozent. Der Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung für Forschung und Entwicklung in den Einzelstats wurde um sieben Milliarden DM erhöht.

Unsere Volkswirtschaft steht vor schwierigen Aufgaben. Weltwirtschaftliche Strukturveränderungen und technischer Wandel erfordern von den Unternehmern ebenso wie von den Arbeitnehmern ein hohes Maß an Risikobereitschaft und Zukunftsorientierung.

Die Forschungs- und Technologiepolitik will den notwendigen Strukturwandel in unserer Wirtschaft aktiv unterstützen. Wir

wollen die Förderung gezielt auf innovationsträchtige, ökologisch relevante und arbeitsplatzschaffende Bereiche konzentrieren. Denn eine undifferenzierte staatliche Innovationsförderung nach dem Gießkannenprinzip, bei der die vorhandenen Mittel wirkungslos auf zahllose Empfänger verstreut werden, hilft uns nicht weiter.

Klar ist dabei: Die Entscheidung über die notwendigen Anpassungen an die strukturellen Veränderungen liegt bei der Wirtschaft. Die Fördermittel des BMFT stellen nur ein Angebot dar. Aber in einigen Bereichen ist es möglich und auch notwendig, die Entwicklung in die gewünschte Richtung zu beeinflussen. Es geht eben nicht um eine ideologisch fixierte Debatte über Investitionslenkung, wie uns die Opposition einzureden versucht.

Die Bundesregierung will mit ihrem durch Bundesfinanzminister Matthöfer vorgelegten Haushalt Anstöße für innovative Investitionen und zur Mobilisierung privaten Kapitals in gesellschaftlich und wirtschaftlich vordringlichen Bereichen geben. Ich sehe deutliche Chancen für Zukunftsindustrien in einer Reihe von Bereichen wie dem Umweltschutz oder der Humanisierung der Arbeit, aber auch dem Bereich der nichtnuklearen Energieforschung, die wir Sozialdemokraten als besonders drängend ansehen. Nur eine solche Innovationsstrategie wird auf lange Sicht in der Lage sein, die Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern und neu zu schaffen.

Wer dies nicht will, soll das laut sagen, aber keine ideologischen Spiegelfechtereien vorführen.

Mit ihren Beschlüssen zum forschungs- und technologiepolitischen Gesamtkonzept für kleine und mittlere Unternehmen und dem jetzt vorgelegten Entwurf des Bundeshaushalts hat die Bundesregierung im Übrigen verdeutlicht, daß sie gezielt die vielen kleinen und mittleren Unternehmen bei einer Umsetzung modernen technologischen Know Hows unterstützen will. Denn für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit ist gerade die Leistungskraft und Innovationsbereitschaft der kleinen und mittleren Unternehmen entscheidend. Die Bundesregierung will die Innovationskraft gerade dieser Unternehmungen gezielt und unbürokratisch fördern. Es geht darum, die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam zu bestehen.

(-/20.9.1978/vo-he/ben)

+ + +

Waffenkriminalität weiter rückläufig  
-----

Im Kampf gegen das Verbrechen wesentlich vorangekommen

Von Heinz Pensky MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Innere Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Im Kampf gegen das Verbrechen ist die Bundesrepublik Deutschland ein kleines, aber wesentliches Stück vorangekommen. Der Grund: Das Waffengesetz und seine Vorschriften beginnen nachhaltig zu greifen. Der Beweis: Die weiter rückläufige Zahl von Waffendiebstählen. Für Gangster und Ganoven ist es damit offenkundig immer schwieriger geworden, sich Waffen zu besorgen.

Die Statistik spricht eine eindeutige Sprache: Die Zahl der Diebstahlfälle ist 1977 gegenüber dem Vorjahr weiter gesunken, und zwar von 1.468 auf 1.267. Die Beute der Waffendiebe war dabei im letzten Jahr erheblich schmaler als noch vor zwei Jahren. Die Zahl der gestohlenen Waffen sackte nämlich von 3.145 auf 2.307 drastisch ab.

Viel eindrucksvoller sind jedoch die Zahlen, wenn man einen größeren Vergleichszeitraum wählt. 1975 (in Klammern die Vergleichszahlen für 1977) wurden noch 2.170 (1.267) Fälle von Waffendiebstahl registriert. Dabei wurden 3.273 (2.307) Waffen entwendet. Das bedeutet, daß die Zahl der Fälle sich um fast 50 und die Zahl der gestohlenen Waffen um fast 30 Prozent vermindert hat, wie aus Unterlagen der Sicherheitsbehörden hervorgeht.

Die Schußwaffenverwendung bei der Begehung von Straftaten zeigt seit dem Inkrafttreten des verschärften Waffenrechts im Jahre 1973 kontinuierlich eine rückläufige Tendenz. Während 1972 - also im Jahr vor Inkrafttreten des neuen Waffenrechts - bei Begehung von Straftaten noch 13.709 mal geschossen wurde, sank diese Zahl 1977 auf 7.594 Fälle = minus 44,6 Prozent. Mit einer Schußwaffe gedroht wurde 1972 noch in 7.096 Fällen und 1977 lediglich in 5.785 Fällen = minus 18,5 Prozent.

Dies ist ein deutlicher Beweis dafür, daß sich die hohen Erwartungen, die wir Sozialdemokraten in das erst vor wenigen Jahren reformierte und 1978 noch einmal novellierte Waffengesetz gesetzt haben, schneller als gedacht erfüllen. Zumindest, was die Waffenkriminalität im Inland angeht.

Denn ein anderer Trend scheint bedenklich zu sein. Weil es im Inland schwerer geworden ist, sich Waffen zu besorgen, weichen Verbrecher offenbar auf ausländische schwarze Märkte und den Schmuggel aus. Auch hierfür liefert die Statistik Beweise. 1977 wurden bei 614 gemeldeten Fällen (1976: 516) 2.426 Waffen (1976: 1.773) aus illegalem Handel oder Schmuggel sichergestellt. Das entspricht einer Steigerung von 19 Prozent der Fälle und 37 Prozent der Waffen.

Diese Zahlen zeigen, daß die Bundesrepublik wohl den richtigen Weg, nämlich den der Vorbeugung, gegangen ist, dies aber wenig nutzt, wenn nicht international die Schrauben der Waffengesetze ebenfalls angezogen werden. Zumindest die europäischen Nachbarländer sollten, und da werden wir unsere Bemühungen verstärken müssen, baldmöglichst mit gesetzgeberischen Maßnahmen nachziehen. Dies ist eine weltweite, zumindest aber europäische Aufgabe zur Bekämpfung von Verbrechen und Terrorismus.

(-/20.9.1978/vo-he/ben)

Dreggers Wahlfeldzug stößt ins Leere  
-----

Gute Voraussetzungen für einen Wahlerfolg der SPD in Hessen

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Hessen-Süd

Vergleicht man die Ausgangslage der hessischen Landtagswahlen von 1974 und 1978, so ist ersichtlich, daß die Voraussetzungen für die diesjährigen Landtagswahlen wesentlich günstiger sind als vor vier Jahren. Die Landtagswahlen 1974 fanden statt:

- Ein halbes Jahr nach dem Rücktritt Willy Brandts als Bundeskanzler. Dies führte in Teilen der Partei und der Bevölkerung zu großer Unsicherheit.
- Auf dem Höhepunkt der Ölkrise und zu Beginn einer weltwirtschaftlichen Rezession. Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung und Angst um die Arbeitsplätze waren weit verbreitet. Der Hinweis auf die Ursachen im internationalen Bereich wurde von vielen Bürgern, denen die Zusammenhänge fremd waren, mehr als Ausrede denn als echte Begründung angesehen.
- Die Diskussion um HELABA und Parteispenden schadeten dem Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit und führten zu einem defensiven Wahlkampf in Hessen. Flügelkämpfe lähmten weithin die SPD. Selbst regionale Auseinandersetzungen erregten bundesweites Aufsehen und schadeten dem Ansehen der Partei erheblich.

Demgegenüber ist die heutige Situation durch folgende positive Merkmale gekennzeichnet:

- Die Bürger haben Vertrauen zur Bundesregierung und ihrer Politik. Das Ansehen von Bundeskanzler Helmut Schmidt übertrifft das von Adenauer auf seinem Höhepunkt.

- Die wirtschaftliche Lage ist konsolidiert. Die Gefahr eines weiteren Abrutschens wurde gebannt. Wie der neueste Bericht der Bundesbank ausweist, befindet sich die Bundesrepublik in einem neuen wirtschaftlichen Boom. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge werden heute deutlicher erkannt, und seit dem Weltwirtschafts-Gipfel wird die besonders gute Stellung der Bundesrepublik im Vergleich zu den anderen Industriestaaten von den Bürgern gesehen.
  
- Holger Börner hat als Ministerpräsident in Hessen die Schlaglöcher der Vergangenheit zugeschüttet und der Partei in Hessen wieder ein neues Selbstbewußtsein gegeben. Er bindet wieder den traditionellen SPD-Wählerstamm, der dort die SPD immer zur stärksten Partei werden ließ. Darüber hinaus reicht die Sympathie für ihn auch in den Bereich der fluktuierenden Wählerschicht.
  
- Die SPD ist heute in Hessen und bundespolitisch geschlossener als in den letzten zehn Jahren. Willy Brandt hat die Partei wieder zusammengeführt.

Der Stil von Dreggers Wahlfeldzügen stößt diesmal ins Leere. Die objektiven Voraussetzungen haben sich entscheidend geändert. Hilfsaktionen für die CDU durch rechtsorientierte Kreise in Form von Verleumdungen und Spionageverdächtigungen erwiesen sich als Bumerang. Die Auseinandersetzungen in der CDU um Helmut Kohl und die Diskussion um eine vierte Partei, durch Strauß angeheizt, die zwangsläufig zu einer Spaltung der CDU/CSU-Fraktion führen muß, kontrastiert die Geschlossenheit der SPD.

(-/20.9.1978/vo-he/ben)

+ + +

Die IPU setzte ein gutes Beispiel  
-----

## Resolution über die völlige Beseitigung des Kolonialismus

Von Brigitte Erler MdB

Alle Staaten und internationale Organisationen sind aufgerufen, ihre Unterstützung für die unterdrückten Völker im südlichen Afrika zu intensivieren und den nationalen Befreiungsorganisationen moralische, materielle und diplomatische Hilfe bei ihrem Kampf zu gewähren. Dies ist der Kernsatz einer Resolution über die "völlige Beseitigung des Kolonialismus in der Welt", die die Interparlamentarische Union in der vergangenen Woche einstimmig bei wenigen Enthaltungen verabschiedet hat.

Nachdem die westlichen Länder eine ganze Reihe von Verbesserungen in ihrem Sinne durchgesetzt hatten - die Forderung nach Investitionsstopp wurde abgeschwächt, und die SWAPO wird nicht mehr als einziger Vertreter des namibischen Volkes angesprochen -, waren alle bereit, der gesamten Resolution zuzustimmen, obwohl die Anerkennung der Legitimität von Gewaltanwendung im Befreiungskampf dies einigen westlichen Ländern (USA, Bundesrepublik, Australien, England und Neuseeland) schwerfallen ließ.

Im einzelnen fordert die IPU alle Regierungen und Parlamente auf, bezüglich der Republik Südafrika

- das Apartheidregime zu verurteilen wegen seiner brutalen Unterdrückung des südafrikanischen Volkes,
- der Republik Südafrika keinen Zugang zu Atomwaffen oder der entsprechenden Technologie zu gewähren,
- Kreditstopp, Investitionsstopp, Einstellung von Handelsförderung und Ölembargo zu prüfen und
- das Waffenembargo einzuhalten.

## Bezüglich Namibia

- das Erreichen von Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu fördern unter Berücksichtigung der Vorschläge der fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder,
- die SWAPO als legitime und authentische Vertreterin des namibischen Volkes anzuerkennen,
- alle geeigneten Maßnahmen zu unterstützen, damit die südafrikanischen militärischen und paramilitärischen Streitkräfte aus Namibia einschließlich Walfischbucht abziehen und
- das südafrikanische Apartheidregime wegen seiner illegalen Besetzung Namibias zu verurteilen.

## Bezüglich Rhodesien

- die Mehrheitsherrschaft zu fördern,
- den Unterdrückungskrieg zu verurteilen und alle Parteien zu einem Waffenstillstand und einer Regelung zu bewegen sowie
- alle Sanktionen einzuhalten.

Ein großer Erfolg für die IPU war die Annahme des Absatzes über die West-Sahara durch Algerien und Marokko, die sich vorher mit langen gegenseitigen Vorwürfen hart bekämpft hatten. Die Befreiungsbewegung der West-Sahara selber, Polisario, die gegen Mauretanien und Marokko kämpft, weil diese Staaten sich ihr Land beim Abzug der Kolonialmacht Spanien untereinander aufgeteilt haben, war nur als Beobachter zugelassen. Man konnte sich darauf einigen, daß man auf eine gerechte und friedliche Lösung des Konfliktes durch die OAU hoffe und niemand die territoriale Integrität eines anderen Staates angreifen sollte. Damit hat die IPU ein gutes Beispiel dafür gegeben, daß Diskussionen nicht unbedingt Gegensätze vertiefen müssen, sondern auch zu Annäherungen führen können.

(-/20.9.1978/vo-he/ben)